Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Österreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 40A • 15. September 2006
Unparteiisches, unabhängiges und kostenloses Magazin speziell für Österreicherinnen und Österreicher in aller Welt in vier verschiedenen pdf-Formaten • **http://www.oe-journal.at**

Hier haben wir die in den letzten »Österreich Journal«-Ausgaben erschienen Kernaussagen jener fünf Parteien zusammengestellt, die zur Nationalratswahl antreten und bisher im Parlament vertreten waren. Informationen über andere Wahlwerber finden Sie auf http://www.oe-journal.at/index_wahlinformationen.htm

Zwei Wochen vor der Wahl

Der Wahlkampf wird von Tag zu Tag lauter, je näher der 1. Oktober rückt.

Von Michael Mössmer.

Es gilt, die noch wenigen, verbleibenden Tage zu nutzen, um möglichst viele Wähler, vor allem die noch unentschlossenen, „an Land zu ziehen“. Immerhin spricht die Meinungsforschung von rund zwei Millionen Unentschlossenen (von 6,1 Mio. Wahlberechtigten!). Je näher der Wahltag rückt, je mehr erhöht sich die Dichte der Umfragen. Nahezu täglich veröffentlicht ein Institut aktuellste Ergebnisse, die dann von der Partei, die bei den Befragten gerade schlechter abschneidet, als Lug und Trug abgetan und oft durch eigene, „richtige“, freundlichere Werte entkräftet werden.

Das mit den Umfragen ist so eine Sache für sich. Für die Auftraggeber, neben Tageszeitungen und Magazinen meist die Wahlwerbenden selbst, dienen sie zur eigenen Positionierung. Auch wenn die Schwankungsbreiten von einem oder mehreren Prozentpunkten eine – kaum gestellte – Frage provozieren: Was sagt uns ein Ergebnis, das zwei Parteien drei bis vier Prozentpunkte voneinander entfernt vermittelt, wenn ein Drittel der Wähler unentschlossen sind und, siehe oben, gar nicht auf ein „paar“ Prozente berechnet werden kann.

Umfragen können für Parteien aber auch zum berühmten Bumerang werden, wenn nämlich, weil so gut positioniert, der Stammwähler sagt: „Toll, wir gewinnen ohnehin, da brauche ich gar nicht wählen zu gehen“; oder er stellt fest, daß die von ihm präferierte Partei scheinbar so geringe Chancen hat, daß seine dafür abgegebene Stimme praktisch verloren ist. Das fällt vor allem bei jenen Parteien massiv ins Gewicht, die bangen müssen, den Einzug ins Hohe Haus überhaupt zu schaffen. Die magische Grenze dafür liegt ja bei vier Prozent der Wählerstimmen.

Das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) ist derzeit in dieser Situation, denn alle aktuellen Umfragen sehen den Noch-Koalitionspartner der ÖVP knapp unterhalb von vier Prozent. Anders sehen die Werte für Hans-Peter Martin aus, der mit seiner „weißen“ Liste MATIN (Martin war übrigens nicht möglich, da die Abkürzung der Parteinamen gesetzlich auf fünf Buchstaben beschränkt ist) bei rund fünf Prozent liegt. BZÖ-Widerpart FPÖ kann mit rund sieben Prozent rechnen, während die Grünen Aussicht auf ein zweistelliges Ergebnis haben.

Die beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ liegen ziemlich nah beieinander, wobei die ÖVP mit rund 38 Prozent drei bis vier Prozentpunkten vor der SPÖ (34 bis 35 Prozent) liegt.

Innenpolitik

Bis zum „Ausbruch“ des BAWAG/ÖGB-Skandals waren die beiden Konkurrenten nahezu gleichauf, den Sozialdemokraten ist es aber bisher nicht gelungen, diesen Einbruch wettzumachen. Und es wird nicht leichter. Durch Themen, die einen Großteil der Bevölkerung direkt betreffen, wie Arbeitslosigkeit, Altenpflege und Vorsorge, Gesundheitssystem und Bildung, hatte die SPÖ im Laufe der Wochen den unliebsamen Klotz am Bein fast abgeschüttelt, es war gelungen, die Vorgänge rund um die verspekulierten BAWAG- und ÖGB-Milliarden auf einen Wirtschafts-Kriminalfall zurückzudrängen. Und hoffte, daß bis zum Wahltag nichts Neues auftauchen würde, was die zurückgewonnene Themenkompetenz wieder stören könnte. Auch wenn die SPÖ selbst beteuert, als Partei damit nichts zu tun zu haben, ist aber jede Meldung, die irgendwie mit der Misere zu tun hat, automatisch auch mit Vorwürfen an die SPÖ verbunden. Und wenn einer derjenigen, die maßgeblich an den immensen Verlusten Schuld tragen dürften, dann einen Ex-Bundeskanzler wegen einer an diesen geleisteten Honorarzahlung „anschwärzt“, wird dies automatisch der SPÖ angelastet. Schließlich war der Kanzler ein Sozialdemokrat. Es ist hier weder Ort, noch Zeit, darüber zu spekulieren, was sich hinter verschlossenen Türen abgespielt haben mag. Das werden wohl, so ist zu befürchten, nicht einmal die Gerichte endgültig klären können – auch wenn sie alles daran setzen, bestmögliche Voraussetzungen dafür zu schaffen. So wurde erst am Tag vor Fertigstellung dieser Ausgabe, also am 14. September 2006, ein Ex-Generaldirektor der BAWAG aufgrund eines europäischen Haftbefehles von der französischen Polizei verhaftet und ist seither in einem Gefängnis in Marseille in Untersuchungshaft. Von ihm erhofft man sich, endlich Licht in diese dominierende Causa zu bringen. Warum derjenige selbst, der die riesigen Geldverluste von Gewerkschaft und Bank verursacht haben soll, noch immer auf freiem Fuß ist und, siehe oben, „zwischen Tür und Angel“ anläßlich einer Einvernahme von Zahlungen an einen ehemaligen SPÖ-Kanzler erzählt, ist sicherlich nicht nur kurzfristig ein innenpolitisches Thema.

Doch zurück zum 1. Oktober. Ausgesprochen spannend könnte sich – nach dem Wahltag – das Rennen um die „Gunst“ der Grünen gestalten, sollte sich, rechnerisch, eine gemeinsame Mehrheit von Rot und Grün ausgehen. Die Grünen wären dann „Zünglein an der Waage“, sind auch jetzt schon sehr bestimmt in ihren Aussagen, unter welchen Umständen sie keineswegs bereit wären, mit ÖVP oder SPÖ eine Koalition zu bilden. Daß sie diesmal bereit sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wurde schon mehrfach deutlich ausgesprochen. Auch kann der Beobachter erkennen, daß sich da oder dort Annäherungen zeigen, die von den Mitbewerbern natürlich als „deutliche Weichenstellung“ für eine Koalition gedeutet werden.

Alle Fotos: Österreich Journal/Andreas Mässmer

Auszuschließen scheint, nach derzeitiger Einschätzung, eine Neuauflage der ÖVP-BZÖ-Koalition, auch ergänzt durch eine weitere „Farbe“, denn Martin oder die FPÖ scheiden für diese Konstellation jedenfalls aus. Auch ist nicht zu rechnen, daß die SPÖ mit Martin und den Grünen, schon gar nicht mit FPÖ und BZÖ gemeinsam regieren könnte. Es könnte also diesmal an den Grünen liegen, welche Koalitionsform die nächste Legislaturperiode unser Land regieren wird.

Und weil alle aus Erfahrung wissen, daß Erfragtes selten mit Ausgezähltem übereinstimmt: Richtig spannend werden erst der Wahlabend und die Tage und Wochen danach. Jedenfalls sind Sie mit dem „Österreich Journal“ immer dabei, und das schnell und ohne jeden politischen Einfluß. ■

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die ÖVP

Mit dieser Darstellung der Politik von der »Österreichischen Volkspartei« beenden wir unsere Serie, die Ihnen – vor der Nationalratswahl – die Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien präsentiert.

Schüssel: Wollen auf dem österreichischen Erfolgsweg weitergehen

Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel in Bad Schallerbach *Foto: ÖVP / Christian Jungwirth*

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) steht für ein modernes Österreich, für Offenheit, Neugier, Technologie, Buntheit und Zuversicht. Wir wollen Gutes bewahren. Wer will, daß dieses österreichische Erfolgsmodell weiter gepflegt und entwickelt wird, den lade ich ein, auf diesem Weg weiter mitzugehen. Nicht einfach stehen bleiben, schon gar nicht abzweigen und schon gar nicht umdrehen, sondern weiter gehen auf diesem österreichischen Erfolgsweg“, sagte Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel auf der ÖVP-Klubklausur am 8. September 2006 in Bad Schallerbach bei der Präsentation des „Kursbuchs Zukunft“.

Man sei jetzt in der intensiven Phase der Wahlwerbung. „Wir müssen über die Schlagzeile von morgen hinaus denken. Denn Zukunft ist, was wir daraus machen. Dafür braucht man eine längere Perspektive und einen Wertemaßstab. Politik ohne Werte ist wertlose Politik“, so Schüssel. Eine christliche Partei wie die ÖVP habe den Auftrag zur Weltoffenheit und zur Grundsatztreue bei wichtigen Themen. Es sei dies auch ein Auftrag, dafür zu werben, daß Religion nicht nur eine reine Privatsache sei. Er, Schüssel, werde immer dafür kämpfen, daß sich Kirchen und Religionen einmischen dürfen. „Es braucht Stimmen, die sagen, was die nächste oder übernächste Generation braucht, was unverzichtbar ist und was nicht berührt werden darf“, so der Kanzler. Es sei wichtig, daß sich diese Stimme in einer modernen Gesellschaft unzensuriert Gehör verschaffen könne und gleichzeitig wichtig, für die Offenheit zu kämpfen und keine Parallelgesellschaften zu dulden. Niemand dürfe gezwungen werden, dieses oder jenes zu tun, nur weil dies eine bestimmte Religion haben will. Christlich habe nichts mit konservativ oder modern zu tun, sondern mit dem Auftrag für eine menschengerechte und offene aktive Politik.

Wer eine Staatsbürgerschaft haben will, müsse sich auch mit unserem Land auseinander setzen. „Wir wollen eine ganzheitliche Gesellschaft, wo auch die Vielsprachigkeit zum Reichtum Österreichs beiträgt. Es wäre doch schade, wenn wir auf einmal nur einsprachig wären“, so der Kanzler. Es sei eine große Erfolgsgeschichte in der Integration, daß fast 40 Prozent der Kärntner Volksschüler freiwillig Deutsch und Slowenisch ler-

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die ÖVP

nen. Dieses Österreichtum müsse bewahrt werden. Deshalb sei es auch entscheidend, daß jene, die nach Österreich kommen wollen, Sprache und Kultur ernst nehmen und sich integrieren wollen.

Schüssel verwies in seiner Rede auch auf die Verantwortung jedes einzelnen. „Wir dürfen unsere Forderungen nicht nur an den Staat formulieren, sondern müssen auch bereit sein, selber Verantwortung in unserem eigenen Umfeld wie Familie, Land, Betrieb zu empfinden. Diese Verantwortungsgesellschaft ruhe auf zwei Elementen: dem Leitbild einer Leistungsgesellschaft und dem Leitbild einer solidarischen Kultur. Die Frage laute daher, wer kann glaubhaft wirtschaften und soziale Sicherheit anbieten.

Österreich sei ein kleines Land und daher sei es umso wichtiger, daß „wir unsere Besonderheiten spüren, bereit sind, diese zu verteidigen und zu erkennen, was uns unterscheidet und stark macht“. Österreich sei begünstigt, beispielsweise durch seine wunderbare Natur oder die zentrale Lage im Herzen Europas. Um unsere Lebensqualität würden uns viele beneiden, so verwies der Kanzler beispielsweise auf die vielfach geschürte Angstmache der Opposition rund um unser Wasser: „Ja, wir wollen das Wasser verkaufen – aber nur in veredelter Form – als Fruchtsäfte oder Mineralwasser. Alles andere bleibt natürlich in unserer Hand. Das Wasser bleibt nationale Verantwortung.“

Anschließend ging der Kanzler auch auf die Kritik der Opposition am Bildungssystem ein: Der wirkliche Test eines Bildungssystems seien die Arbeitsplatzchancen, und Österreich habe eine geringere Jugendarbeitslosigkeit als beispielsweise Finnland oder Schweden. Diese müßten sich in diesem Bereich vielmehr an Österreich orientieren. Elisabeth Gehrer mache eben keine rot-grüne Bildungspolitik und trete für die Wahlfreiheit ein. Sie fordere und fördere junge Leute. Wer die Jugend unterfordere, der tue dieser keinen guten Dienst, denn im wirklichen Leben gehe es um das Können. „Begabungen braucht das Land." Auch die Universitäten und die Fachhochschulen seien eine Erfolgsgeschichte.

Ein klares leises, aber deutliches Nein sprach Schüssel gegenüber jenen aus, die „glauben, daß man mit der Sicherheit unserer Bürger spielen dürfe. Die Sicherheit braucht eine starke Stimme“, so der Kanzler, der der Innenministerin Liese Prokop seine Unterstützung bekundete. Es gebe 1000 Polizisten mehr auf der Straße als im Jahr 1999, weil die Reformen gegriffen hätten.

ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer *Foto: ÖVP / Christian Jungwirth*

„Auf diesen österreichischen Erfolgsweg bauen wir, und dieser Weg darf nicht verlassen werden“, verwies Schüssel auch auf die Reformer Raab, Klaus und Kreisky, die Österreich weiter entwickelt haben. „Wir haben diesen rot-weiß-roten Erfolgsweg weitergeführt.“

Werden für politische Kultur eintreten

Hinsichtlich des Wahlkampfs meinte Schüssel, er halte nichts davon, einander klein zu reden. Er, Schüssel, erwarte ein Minimum von politischer Kultur. „Wir werden für diese politische Kultur eintreten. Das Land braucht dies“.

Ziel heißt Vollbeschäftigung

Wir dürfen nie den Blick auf die Vollbeschäftigung verlieren. Allerwichtigstes Thema für die Zukunft ist die Arbeit. Wir haben fast 60.000 Arbeitsplätze heute mehr als vor einem Jahr und einen Rekordwert von 3,4 Millionen in Arbeit. Dazu kommen 18.000 weniger Arbeitslose. Damit sei Österreich nach Eurostat unter die magische Zahl von fünf Prozent gerutscht. Rund 45.000 Österreicherinnen und Österreicher haben im ersten Halbjahr 2006 an den Zukunftsgesprächen teilgenommen, am Wahlprogramm mitdiskutiert und Beiträge geliefert. Diese wertvolle und wichtige Arbeit ist in das Programm eingeflossen.

Mit unter 3,5 Prozent sei man auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Es sei dies ein „absolut erreichbares Ziel. Es geht, wenn wir uns anstrengen“, verwies Schüssel unter anderem auf die Blum-Prämie, die Wirtschaftsförderung für Unternehmen oder die Forschung. „Dort, wo wir die Möglichkeit haben zu gestalten sind wir gut unterwegs“. In fast allen oberösterreichischen Bezirken sei man bereits unter dieser magischen Grenze.

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die ÖVP

Foto: ÖVP / Bettina Mayr-Siegl

OÖ Landeshauptmann Josef Pühringer, ÖVP-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel und ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer

Jugendarbeitslosigkeit zum Verschwinden bringen

Wichtigstes Ziel für die nächsten vier Jahre seien mindestens 150.000 Arbeitsplätze mehr. Zudem gelte es, auf dem Weg zur Vollbeschäftigung den Menschen Mut zu machen. Er, Schüssel, kündigte dazu einen „Pakt“ mit Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl an: „Wir haben uns vorgenommen, daß wir in den nächsten Jahren die Jugendarbeitslosigkeit zum Verschwinden bringen wollen.“ Dies wolle man über drei Monate mit geeigneten Maßnahmen wie beispielsweise die Blum-Prämie, Coaching usw. bewerkstelligen.

Mitarbeiter am Wohlstand beteiligen

Ein weiteres Ziel sei es, die Mitarbeiter am wachsenden Wohlstand – also an den Gewinnen der Unternehmen – zu beteiligen. „Unser Ziel ist daher die Verdoppelung der Zahl der Arbeitnehmer, die an ihrem Betrieb am Gewinn beteiligt sind“, kündigte Schüssel weitere Anreize in der Steuerpolitik an. Damit sei eine alte Idee neu in die Diskussion geworfen worden, die auch bei den Lohnrunden mit einfließen könne. „Alle Betriebe, die wir privatisiert haben, sind mit diesem Konzept erstklassig gefahren“, nannte Schüssel in diesem Zusammenhang die Voest. Ein Voest-Mitarbeiter, der 1000 Euro eingesetzt habe, besitze heute ein Vermögen von 5000 Euro.

Verdoppelung der erneuerbaren Energien

Ein weiterer wichtiger Impuls sei Natur, Umwelt und Energie, verwies der Kanzler auf die verpflichtende Einführung des Partikelfilters und den verpflichtenden Beimischungszwang für Treibstoffe für Diesel. Gemeinsam mit Umweltminister Josef Pröll habe er den Spatenstich bei einem Bioethanolwerk an der Donau gemacht. „Wir könnten hier eine der großen Chancen für eine neue Energiepolitik nützen, die uns gleichzeitig unabhängiger macht. Wenn wir unabhängiger von Krisenherden werden wollen, dann müssen wir hier investieren.“ Nicht eine Energiewende wie es die Grünen fordern sei notwendig, sondern eine „Energieoffensive“. Daher sei eine Verdoppelung der erneuerbaren Energien angesagt, kündigte der Kanzler in diesem Zusammenhang an, daß eine halbe Milliarde Euro in einen neuen Energiefonds investiert werde.

Der Bundeskanzler sprach in seiner Rede auch die weitere Entlastungsschritte an: Eine Steuerreform werde sich an einer Entschärfung der Progression orientieren. Der Kanzler erinnerte zudem daran, daß die Steuerreform der letzten Periode dafür verantwortlich sei, daß wir heuer ein Exportwunder haben, womit Österreich die Schweiz bereits überhole und die Schallmauer von 100 Milliarden Euro durchbrechen. „Wer das gefährdet, der riskiert viel – Arbeitsplätze und Standortqualität. Der Standort für Arbeit, Wirtschaft und Leistung darf nicht gefährdet werden.“

Die ÖVP will weiters eine einheitliche Business tax. Statt sieben Einkunftsarten würden drei bis vier genügen. So soll die Erbschaftssteuer abgeschafft werden, verwies Schüssel darauf, daß von 85.000 Erbfällen bis auf 300 lauter kleine Fälle seien. Bürgerfreundlich sei es daher, diese Steuer

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die ÖVP

abzuschaffen. Das sei auch die beste Investition in die Eigenvorsorge. „Kämpfen wir gemeinsam gegen eine Mittelstandssteuer à la Gusenbauer, der die Krankenversicherungsbeiträge deutlich anheben will.

500 Millionen Euro für Breitband

Für den ländlichen Raum habe die ÖVP viel herausgeholt. Das Ergebnis lasse sich sehen, verwies der Kanzler auf 3,9 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Er kündigte zudem Breitbandoffensive in der Höhe von 500 Millionen Euro an. Davon stelle die Telekom 300 Millionen für Erstinvestitionen zur Verfügung. Der Bund steige über die ÖIAG mit etwa 200 Millionen vor. „Die Breitbandvernetzung ist eine Lebensader für eine moderne Gesellschaft. In diesem Bereich müssen wir mehr investieren."

Wahlprogramm: »Kursbuch Zukunft«

„Arbeit schaffen, Sicherheit geben und sozial handeln" – das sind die tragenden Säulen des „Kursbuch Zukunft", dem Wahlprogramm der ÖVP. Der renommierte Journalist Prof. Alfred Payrleitner führte anläßlich der ÖVP-Klubklausur im oberösterreichischen Bad Schallerbach durch das Programm und diskutierte mit einer Expertenrunde die Themenbereiche „Arbeit und Wirtschaft", „Sicherheit" und „Soziales". Die Diskutanten waren sich einer Meinung, daß Sicherheit das Thema ist, das in alle Lebensbereiche hineinreicht und diese fundamental mitbestimmt. „Absolute Sicherheit" sei zwar nicht möglich, aber „maximale Zusammenarbeit von Politik und Menschen schafft die Rahmenbedingungen", so Payrleitner. Der Erfolgskurs der ÖVP orientiere sich an dem Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft". Im Einleitungsvideo wurden zunächst die wirtschaftlichen Erfolge Österreichs präsentiert: Rekordbeschäftigung, Wirtschaftswachstum von zuletzt drei Prozent, schneller als die Eurozone; Österreich ist Exportkaiser in Europa, was bereits die Hälfte der Arbeitsplätze in Österreich schafft und absichert; mit der Steuerreform mittlere Einkommen und Familien ent- statt belastet; auch in der Bildung wurden neue weltweite Standards an Qualität und Autonomie gesetzt; und durch den „Blum Bonus", den Ausbau des Lehrangebots und schnellere Vermittlung, wird jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz oder eine Lehrstelle garantiert.

Payrleitner bat anschließend die Unternehmerin Kommerzialrat Doris Felber von der Großbäckerei Felber Franz & Co und Alfred Ötsch, Vorstandsvorsitzender der Austrian Airlines, auf die Bühne. Er, Payrleitner, wolle nicht, wie bestimmte Parteien Wahlkampf, sondern Inhalte zum Thema machen. Daher wurden in der Gesprächsrunde konkrete Beispiele aus Sicht der Unternehmer besprochen. Beide betonten, daß die Arbeitsbedingungen in Österreich absolut in Ordnung seien.

Den Zweiten Programmpunkt bildete das Thema „Innere und äußere Sicherheit". Die ÖVP steht als Partei in Regierungsverantwortung für verläßliche Politik, egal ob Polizeireform, Bundesheerreform, Grenzsicherung, Balkan-Einsatz oder Verschärfung des Asyl- und Staatsbürgerschaftsgesetze – alle Maßnahmen dienen dazu, das europäische Lebensmodell zu sichern. Vizepolizeipräsidentin Michaela Pfeifenberger, Bundespolizeidirektion Wien, und Brigadier Gerald Karner durchleuchteten das komplexe und vielschichtige Thema aus Sicht der öffentlichen – inneren und äußeren – Sicherheit. „Österreich ist und bleibt eines der sichersten Länder der Welt", faßte Payrleitner die Wortmeldungen zusammen.

Die Volkspartei ist eine Partei für die Menschen

Die Diskussionsreihe endete schließlich mit dem Thema „Soziales". Internationale Medien sehen Österreich als Vorbild bei zahlreichen sozialpolitischen Errungenschaften. Die Abfertigung Neu, das Kinderbetreuungsgeld, die Familienhospizkarenz, die Elternteilzeit, weit höhere Mindestpensionen als im Jahr 2000 und schließlich auch die E-Card für alle – diese Errungenschaften beweisen, daß Österreich diesen Ruf zu Recht besitzt.

In der Diskussion stand das Thema „Pflege" im Mittelpunkt. Frau Landeshauptmann a.D. Waltraud Klasnic meinte zu Beginn, „Verantwortung wahrzunehmen heißt, Themen, die die Menschen berühren und ihnen auch Angst machen, zu bearbeiten und nicht, in populistischer Form in die Öffentlichkeit bringen". Sie habe in ihrer Funktion als Koordinatorin der Expertengruppe an die 90 Experten an einen Tisch gebracht, die in sechs Themengruppen Lösungsmöglichkeiten erarbeiten. „Wir werden nach der Nationalratswahl der künftigen Bundesregierung und dem Parlament eine gute Unterlage übergeben. Aber wir werden auch danach die Menschen begleiten und dafür sorgen, daß die Vorschläge auch wirklich umgesetzt werden", so Klasnic weiter. „Denn für uns als Volkspartei ist es Aufgabe, das innere Maß der Politik zu finden und ernstlich für die Menschen Sorge zu tragen. Das ist die Politik und der Auftrag von Wolfgang Schüssel. Die Volkspartei ist eine Partei für die Menschen. Ist eine Partei, die das Wort ‚Sozial' zwar nicht im Namen, die es aber im Herz hat und ausführt", so Klasnic.

Wolfgang Kopetzky vom Österreichischen Roten Kreuz betonte, daß er es für einen wichtigen Schritt hält, daß die Expertengruppe zur Pflege noch vor der Wahl zusammengerufen wurde, um möglichst rasch Akutmaßnahmen zu beseitigen. Mit dem Verordnungsentwurf von Bundesminister Bartenstein zur Legalisierung der ausländischen Pflegekräfte ist nun ein wichtiger Schritt geschehen.

„Dieser Blick in die Zukunft ist der eigentliche Auftrag der Politik. Politik kommt, wie wir sie gestalten und ist nichts anderes als der tägliche Versuch, diese Gestaltung zu leben", sagte Klubobmann Wilhelm Molterer in seiner abschließenden Zusammenfassung der Diskussion. „Die ÖVP sieht die Aufgabe ihrer politischen Arbeit darin, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Verträglichkeit im Gleichgewicht zu halten. Niemand anderer als die Integrationspartei ÖVP ist in der Lage, diese Balance herzustellen."

Damit das Leben in Österreich weiter so gut und erfolgreich funktioniere wie in den letzten Jahren, biete die ÖVP das „Kursbuch Zukunft" als Entscheidungsgrundlage. „Wolfgang Schüssel kann's, er hat's bewiesen", leitete Molterer auf die Rede von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel über.

45.000 Österreicherinnen und Österreicher haben im ersten Halbjahr 2006 an der inhaltlichen Ausarbeitung des „Kursbuch Zukunft" mitgearbeitet. Diskussionsvorschläge und Beiträge, die bei einer Informationstour mit den „Zukunftsbussen" durch Österreich gesammelt wurden, sind in das Wahlprogramm der ÖVP eingeflossen. Das „Kursbuch Zukunft" steht zum Download zur Verfügung. ■

http://www.oevp.at

Ergebnisse bei Nationalratswahlen

Jahr:	*Stimmen*	*Prozent*
1995:	1,370.510	28,3
1999:	1.243.672	26,91
2001:	2.076.833	42,30

Quelle: bmi

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die SPÖ

Mit dieser Darstellung der Politik von der »Sozialdemokratischen Partei Österreichs« beenden wir unsere Serie, die Ihnen – vor der Nationalratswahl – die Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien präsentiert.

Es ist Zeit, Österreich wieder zu einem großartigen Land zu machen

SPÖ-Bundesvorsitzender Alfred Gusenbauer bei seiner Rede im Linzer Design Center

Alle Fotos: SPÖ / Thomas Lehmann

Es ist Zeit, daß wir uns von der derzeitigen Regierung mit ihrer abgehobenen und arroganten Art verabschieden. Österreich verdient eine Regierung, auf die man sich verlassen kann, die Werte wie Ehrlichkeit und Fairness respektiert, die sich um die arbeitenden Menschen kümmert, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt. Eine Regierung auf die Österreich wieder stolz sein kann", erklärte SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer am 9. September 2006 beim Bundesparteitag der SPÖ vor über 2000 Delegierten und Gästen im Linzer Design Center. Mit der Politik der Regierung und mit Wolfgang Schüssel ging Gusenbauer scharf ins Gericht: „Schüssel steht für Macht. Und er wird alles sagen und tun, um die Macht zu behalten. Macht ohne Gewissen ist eine gefährliche Sache. Wolfgang Schüssel hat kein Gewissen, er hat kein Herz, und die Sorgen der Menschen interessieren ihn nicht."

Es sei Zeit, so Gusenbauer, sich endlich wieder auf die Werte zu besinnen, die „unsere Heimat Österreich zu dem großartigen Land gemacht haben, das es heute ist". Schüssel kümmere sich um die Wohlhabenden und Privilegierten. „Wie es allen anderen geht, ist für ihn egal." Darum habe Schüssel auch keines seiner Versprechen gehalten, und auch nie vorgehabt, irgendeines seiner Versprechen einzulösen. Er, Gusenbauer, habe erlebt, wie man in einfachen Verhältnissen aufwächst. Er wisse, was es heiße, „nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren zu sein. Deswegen helfen wir den Menschen, wenn sie uns brauchen. Und deswegen wird unsere Regierung nicht an ihren Versprechungen, sondern an ihren Taten zu messen sein", so Gusenbauer. Auf die SPÖ-Regierung würden alle stolz sein können.

„Die SPÖ ist das soziale Gewissen Österreichs. Wir wissen, welchen Unterschied es macht, Chancen geboten zu bekommen, um weiter zu kommen. Was es heißt, Sicherheit zu haben, um weiter zu kommen. Was es heißt, einen Unfall zu haben oder im hohen Alter zu stehen. Was es heißt, sich auf die Solidarität einer Gesellschaft verlassen zu können, die ihren Wohlstand gerecht verteilt. So gerecht, daß niemand Angst haben muß", betonte der SPÖ-Vorsitzende.

Heute sehe es aber anders aus. Wie es den Menschen in Österreich gehe, habe er, Gusenbauer, in den letzten Wochen immer wieder

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die SPÖ

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

erfahren können. So treffe er immer wieder junge Menschen, die berichten, wie schwierig es ist, Arbeit zu finden. „Einer hat 200 Bewerbungsschreiben abgeschickt, zwei der Firmen haben ihn in Evidenz genommen. Fast alle, die ich getroffen habe, haben in ihrer Familie oder unter ihren Bekannten jemanden, der den Job verloren hat oder nach der Ausbildung mühsam Arbeit sucht." Beinahe jeder wisse in seinem engsten Kreis von Menschen, die Betreuung oder Pflege brauchen, und von den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Und schließlich, so Gusenbauer, hätten alle Verwandte, die mit einer kleinen Pension durchs Leben kommen müssen. „Und sie alle dürfen jetzt Plakate lesen, daß es uns allen gut geht. Gerade so, als gäbe es keine Probleme in unserem Land", so Gusenbauer mit Verweis auf die ÖVP-Wahlwerbung.

Gut gehe es aber nur jenen, die von dieser Regierung profitiert hätten. „Weil sie steigende Gewinne machen und weniger Steuer zahlen. Weil sie von den Härten der Pensionsreform verschont worden sind. Oder weil sie als Polit-Günstlinge hoch bezahlte Pensionen bekommen haben", so Gusenbauer und weiter: „Für sie hat sich diese Regierung ausgezahlt. Es sind nicht sehr viele."

Viele hätten von den letzten sechs Jahren aber nichts. Sie können sich trotz harter Arbeit nicht mehr leisten als vorher. Sie gehen von der Schule ab und finden schwer einen Job. Sie fürchten um Versorgung und Einkommen im Alter oder leiden bereits heute unter Pensionskürzungen. Dies sei das Problem mit Schüssel und dieser Regierung: Sie mache Politik für einige wenige. Wie es den anderen geht, sei ihr gleichgültig.

Deswegen, so Gusenbauer, mache sie nichts gegen die Rekordarbeitslosigkeit und nichts für die vielen jungen Menschen, die auf der Straße stehen. Deswegen mache sie nichts gegen das schlechte Ergebnis bei der PISA-Studie, nichts gegen den Mangel an Ausbildungsplätzen und gegen die Misere an den Unis. Die Regierung mache deswegen nichts gegen die Rekordbelastung mit Selbstbehalten, die in Richtung Zwei-Klassen-Medizin gehe. „Diese Politik ist falsch. Das ist herzlos. Das ist arrogant. Das ist abgehoben. Das paßt nicht zu Österreich."

Die SPÖ werde Schluß machen mit einer Politik, die die Sorgen vieler ignoriert, um die Interessen einiger weniger zu bedienen.

Pflege, Arbeitsmarkt, Pensionen, Gesundheit und Bildung

Das sind die wichtigsten Punkte im SPÖ-Wahlprogramm. „Wir müssen uns vor allem der Pflegekrise in unserem Land zuwenden", forderte Gusenbauer in seiner Rede. Dementsprechend nimmt die Pflegekrise im Wahlprogramm der SPÖ breiten Raum ein. Gusenbauer verwies dabei auf die Lösungsvorschläge der SPÖ, die in dem Konzept „Betreuung daheim" zusammengefaßt sind, das sofort umsetzbar sei und womit die bestehende Betreuung aus der Illegalität herausgeholt werden könne. „Mit unseren Vorschlägen ermöglichen wir menschenwürdige Bedingungen sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für die Pflegerinnen", so Gusenbauer. „Wir wollen, daß Schluß ist mit einer solchen Politik, die die Sorgen von vielen ignoriert, um die Interessen einiger weniger zu bedienen. Wir stehen für gleiche Chancen und gleiche Möglichkeiten sowie für Sicherheit für alle", verdeutlichte Gusenbauer das Credo der SPÖ.

„Arroganz" warf Gusenbauer Kanzler Schüssel vor, der vor wenigen Wochen gemeint habe, in unserem Land gebe es kein Problem, obwohl sogar in seiner Familie illegale Pflege in Anspruch genommen worden sei. Seine Schwiegermutter habe Hilfe gebraucht. „Ich kenne und verstehe dies sehr gut", so Gusenbauer. Im ORF-Sommergespräch habe Schüssel allerdings lapidar gemeint, er würde bei der Betreuung seiner Schwiegermutter genauso wieder handeln. „Das ist unmoralisch, das ist ungesetzlich, das ist nicht richtig", machte der SPÖ-Vorsitzende klar. Für diese Art der Arbeit dürfe es keinen Schandlohn geben, sondern eine ordentliche Bezahlung. Und die Pflege schaffe enorme Beschäftigungsmöglichkeiten.

„Schüssel und seine Regierung hätten einen Weg aus der Misere suchen und finden müssen, und nicht Tausende Menschen dazu verleiten, das Recht zu umgehen", verdeutlichte Gusenbauer. „Das kann nicht der Weg

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die SPÖ

sein, den wir wollen“, sagte der SPÖ-Spitzenkandidat. Neben der Betreuung daheim müßten noch viele weitere Schritte umgesetzt werden wie ambulante Dienste, kurzfristige stationäre Möglichkeiten und noch mehr. „Das dient vor allem einem: Daß Menschen auch im hohen Alter möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können“, betonte Gusenbauer.

Ein Drittel weniger Arbeitslosigkeit

Das am Parteitag verabschiedete Programm werde mehr Fairness und eine gerechte Verteilung des Wohlstands bringen, so Gusenbauer. Als einen der wichtigsten Schlüssel für eine gute Zukunft nannte der SPÖ-Vorsitzende die Arbeit. Gusenbauer bedauerte, daß die Zeiten der Vollbeschäftigung „leider vorbei“ seien. „Schüssel hat mehr Arbeit und weniger Arbeitslosigkeit versprochen, aber nie daran gedacht, dieses Versprechen zu halten. Deshalb ist es Zeit für ihn und seine Regierung abzutreten“, forderte der SPÖ-Chef. „Unser Ziel bleibt die Rückkehr zur Vollbeschäftigung. In den nächsten Jahren wollen wir die Arbeitslosigkeit um 30 Prozent senken und die Jugendarbeitslosigkeit auf jeden Fall halbieren“, sagte Gusenbauer gegenüber den Delegierten.

Es geht um faire oder unfaire Steuern

Als weitere Punkte nannte der SPÖ-Vorsitzende die Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die Schaffung von Berufsbildungsfonds und von schulischen Alternativen. Außerdem sollen wieder Lehrwerkstätten in Betrieb genommen werden, um den Mangel an Lehrstellen zu beheben. „Wir müssen mehr für Forschung und Innovation tun, durch bessere Fördermodelle, die auch kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen. Große Unternehmen mit hohen Gewinnen müssen auch einen fairen Beitrag für die Allgemeinheit leisten. Es geht nicht um hohe oder niedrige Steuern, es geht um faire oder unfaire Steuern“, so Gusenbauer.

Ordentliche Ausbildung für gute Zukunft

Als den zweiten wichtigen Schlüssel für eine gute Zukunft nannte Gusenbauer die Bildung. Als erste konkrete Schritte will die SPÖ ein Vorschuljahr einführen, die Frühförderung in Kindergärten forcieren, die Gusenbauer als Bildungseinrichtungen versteht. „In der Schule wollen wir von Beginn an die Ganztagsplätze so weit ausbauen, daß jedes Kind, das einen solchen Platz will, ihn auch bekommt. Und wir wollen kleinere Klassen“, unterstrich der SPÖ-Chef. Die Studiengebühren werden von der SPÖ sofort abgeschafft, so eine weitere bereits seit Jahren gestellte Forderung der SPÖ. „Was wollen die Menschen“, so Gusenbauer, „sie wollen, daß ihre Kinder eine ordentliche Ausbildung bekommen, damit sie in Zukunft gut leben können.“ Der Bildungsabbau von heute unter dieser Regierung sei der Wohlstandsabbau von morgen. „Mehr Chancen und mehr Bildung, das heißt, mehr Wohlstand“, unterstrich Gusenbauer.

Es sei die SPÖ gewesen, die in den 70er-Jahren die höheren Schulen und die Universitäten für alle geöffnet hat, sagte Gusenbauer. „Sie hat dafür gesorgt, daß weder die Fahrt zur Schule, die Schulbücher noch irgendwelche Gebühren für den Zugang zur Bildung sein dürfen. Deshalb bin ich aufgewachsen, so wie sehr viele von uns hier, mit der Chance, eine erstklassige Ausbildung zu bekommen. Ich würde heute nicht hier stehen, wenn ich diese Bildungschance nicht gehabt hätte“, unterstrich Gusenbauer. Damit stehe die SPÖ im Gegensatz zu den Verfechtern elitärer Modelle, die auch heute noch ein offeneres und durchlässigeres Schulwesen behinderten. „Sie prägen auch die Politik der jetzigen Regierung, die ein blamables Erbe in der Bildungspolitik hinterläßt“, sagte Gusenbauer.

Schlüssiges und durchgerechnetes Pensionssystem

Die SPÖ habe zudem ein schlüssiges und durchgerechnetes Pensionsmodell, das rasch umzusetzen ist. Und es sei sozial und gerecht. Dabei mache sich niemand vor, daß es eine leichte Aufgabe sei, die Pensionen der Zukunft zu sichern. „Aber das was die Regierung gemacht hat, ist unfair, besonders gegenüber Arbeitern und Angestellten – und ganz besonders gegenüber den Frauen“, so der SPÖ-Chef. Schüssel habe auch hier ein Versprechen gemacht, das er nie halten wollte, und hat die Pensionen gekürzt. Das Grundprinzip der SPÖ ist: Wer 45 Jahre gearbeitet hat, hat auch ein gutes Recht darauf, im Alter in Würde zu leben. „Und das heißt das Recht auf ein erstklassiges Pensionssystem“, sagte Gusenbauer. „Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll sich auch im Alter etwas leisten können“, unterstrich der SPÖ-Vorsitzender.

Gesundheitssystem für jeden offen halten

„Unser Gesundheitssystem gehört zum besten der Welt“, führte der SPÖ-Vorsitzende weiter aus. Das sei das Ergebnis der SPÖ-Politik. „Selbst Schüssel und seine Bundesregierung konnten an der hohen Qualität des Gesundheitswesens im Grundsatz nichts ändern“, so Gusenbauer. Gesundheit sei auch immer ein Gradmesser für die Humanität einer Gesellschaft. Die Belastungsmaßnahmen der Regierung wie neue Gebühren, erhöhte Selbstbehalte und Leistungskürzungen würden in Richtung Zwei-Klassen-Medizin weisen. Der SPÖ-Weg sei ein anderer: „Jedem und jeder muß der Zugang zu allen medizinisch sinnvollen und notwendigen Leistungen offen stehen“, sagte der SPÖ-Vorsitzende. Daher werde die SPÖ sofort sozial gestaffelte Obergrenzen für Selbstbehalte einziehen, damit Menschen mit niedrigeren Einkommen, die zum Beispiel an chronischen Krankheiten leiden, nicht unzumutbar belastet werden. „Und wir werden die Finanzierung des gesamten Gesundheits- und Pflegewesens auf sichere Beine stellen“, so Gusenbauer.

Schüssel hinterläßt Schuldenberg

„Wir werden dieses Programm umsetzen, wenn wir den Auftrag dazu bekommen“, versprach Gusenbauer. „Aber wir werden uns nicht sofort alles leisten können. Denn die derzeitige Bundesregierung hinterläßt ein Schuldenpaket, das vom einst propagierten Nulldefizit weit entfernt ist“, machte der SPÖ-Chef klar. Unter solchen Bedingungen werde die Budgetpolitik der nächsten Jahre sehr schwierig werden. Deswegen werde die SPÖ zuallererst die Arbeitslosigkeit bekämpfen, denn sie sei die größte Vergeudung von Talenten, aber auch von Geld. Denn sie kostet Österreich im Jahr 7 Milliarden Euro.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehr wichtig

Gusenbauer begrüßte persönlich Johanna Dohnal am Parteitag, die für eine erfolgreiche und gelebte Frauenpolitik stehe, die „wir nun fortsetzen wollen“. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei daher für die SPÖ

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – die SPÖ

Die Landeshauptmänner Hans Niessl (Burgenland) und Michael Häupl (Wien), Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (Salzburg) und SPÖ-Bundesparteivorsitzender Alfred Gusenbauer

enorm wichtig, unterstrich der SPÖ-Vorsitzende. Alle Benachteiligungen für Frauen müßten daher beseitigt und die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen geschlossen werden. Erwerbs- und Karrierechancen für Frauen sowie der Wiedereinstieg ins Berufsleben sollen gefördert werden. Gusenbauer wies auf das Kindergeld hin, das die SPÖ flexibilisieren will, damit es mehr Wahlfreiheit für die Frauen gibt. „Sie sollen entscheiden, wann und wie lang sie zu Hause bleiben wollen. Wir wollen, daß sie möglichst rasch wieder ins Erwerbsleben zurückkehren", so Gusenbauer.

Besonders freute sich Gusenbauer darüber, daß sich auf den SPÖ-Listen für die kommenden Wahlen so viele engagierte und kompetente Fauen finden. „Wir werden damit unser Ziel, daß mindestens 40 Prozent unserer Abgeordneten Frauen sein sollen, bei diesen Wahlen erreichen", ist sich Gusenbauer sicher.

Werden schwarz-blau-orange Regierung ablösen

„Die SPÖ wird die schwarz-blau-orange Regierung ablösen und Regierungsverantwortung übernehmen. Dazu wird zwar eine Koalition notwendig sein, aber die Zeit, über Koalitionen zu entscheiden, ist nach der Wahl", stellte Gusenbauer bei seiner Rede vor dem SPÖ-Bundesparteitag in Linz klar. Der eine Listenplatz für das LIF sei ein wichtiges politisches Signal, „um die gesamte Breite der SPÖ zu zeigen, die auch ein Angebot an die liberalen Wähler stellt". Klar sei aber, daß die SPÖ „niemanden im Rucksack" habe und selbständig und selbstbewusst antrete. Eine deutliche Absage erteilte Gusenbauer jenen Parteien, die „unsere Verfassung zum Witz machen" oder „Menschen mit Bussen und Zügen aus dem Land schaffen wollen".

Es gebe, so Gusenbauer, gemeinsame Grundlagen von LIF und SPÖ; trotzdem unterscheide man sich, und die SPÖ behalte natürlich ihre Eigenständigkeit. „Die SPÖ ist aber gut beraten, auch all jene einzuladen, die vielleicht nicht zu hundert Prozent zu unserem Programm stehen, mit uns ein Stück des Weges zu gehen. Dieser Weg beginnt mit dem Wahlsieg am 1.Oktober."

Besonderen Dank richtete der SPÖ-Vorsitzende an die vielen GewerkschafterInnen für ihre harte Arbeit. „Sie sind für mich der beste Garant dafür, daß der ÖGB seine Krise überwinden wird." Gusenbauer weiter: „Manche mögen mich vielleicht fragen, warum ich mit das angetan habe. Ich sage: Die SPÖ läuft vor einer schwierigen Situation nicht davon, wir stellen uns den Problemen und Herausforderungen." Klar sei, daß Österreich eine starke Gewerkschaft und die Arbeitnehmer eine starke Vertretung brauchen.

Gusenbauer zeigte sich schließlich überzeugt, daß „bei dieser Wahl die anständigen Leute Schüssel die kalte Schulter zeigen werden". Österreich brauche und verdiene einen Kanzler, der die Wahrheit sage. „Meine Eltern haben von unbegrenzten Möglichkeiten geträumt. Mit Unterstützung der Wählerinnen und Wähler kann ich zu einem Kanzler werden, der die Träume unserer Eltern verwirklicht und der die Zukunft unserer Kinder sichert". ■

http://www.spoe.at

Ergebnisse bei Nationalratswahlen

Jahr:	*Stimmen*	*Prozent*
1995:	1,843.474	38,10
1999:	1.532.448	33,15
2001:	1.792.499	36,51

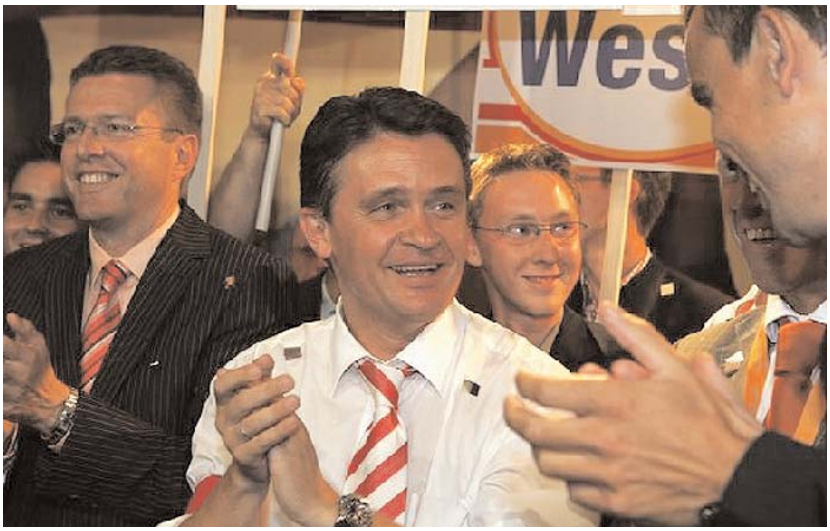
Quelle: bmi

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – das BZÖ

Mit dieser Darstellung der Politik von »Die Freiheitlichen – Liste Westenthaler – BZÖ« setzen wir unsere Serie fort, die Ihnen – vor der Nationalratswahl die Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien präsentiert.

Ohne BZÖ gibt es linkes Österreich

Eines ist klar: Ohne uns in der Regierung gibt es ein linkes Österreich. Egal ob Rot-Grün oder Rot-Schwarz, in beiden Fällen gibt es in Fragen des Heimatschutzes, der Sicherheit oder der Zuwanderungspolitik einen Linksruck. Da wollen wir dagegenhalten. Nur ein verhinderter Gusenbauer ist ein guter Gusenbauer, nur ein verhinderter Van der Bellen ist ein guter Van der Bellen und nur ein kontrollierter Regierungspartner ist ein guter Regierungspartner", erklärte BZÖ-Parteiobmann Peter Westenthaler. Hier ein Auszug aus dem Programm des „Bündnis Zukunft Österreich":



BZÖ-Klubobmann Herbert Scheibner, -Obmann Peter Westenthaler und -Sprecher Uwe Scheuch (v.l.n.r.) *Foto: BZÖ*

Österreich zuerst

Die Anbindung an Lebensfäden der Geschichte und Kultur eines Landes gibt dem Menschen Identität. Geschichte und gewachsene Tradition unseres Landes zeigen: Wir sind Österreicher und Europäer. Geographisch liegen wir in der Mitte des Kontinents, politisch, wirtschaftlich und kulturell sind wir das Herz der Europäischen Wertegemeinschaft. Die historisch-kulturelle Vielfalt und die Selbstbestimmung der Völker müssen auch in Zukunft Europas Stärke sein. Die Europäische Union wird nur als Gemeinschaft ihrer Staaten Bestand haben können. Erweiterung und Vertiefung der EU sollen zu mehr Stabilität führen. Dies erfordert die Akzeptanz unterschiedlicher Geschwindigkeiten und Entwicklungsdynamiken des Einigungsprozesses. Innerhalb der EU wird sich ein Kern von Mitgliedern herausbilden, deren Zusammenarbeit in allen Politikfeldern noch intensiver werden wird (Avantgarde). Für Staaten an der Peripherie gilt es, eine Partnerschaft für Europa zu bilden. Ein auf Werte und soziale Stabilität gegründetes Europa ist die Antwort auf negative Erscheinungen der Globalisierung, die Gefahren für Menschen, ihre Identität und Geborgenheit birgt. Europas Verantwortung ist daher, in Zukunft eine zentrale politische Rolle in der Weltgemeinschaft einzunehmen. Ziel ist die Etablierung als globaler sicherheitspolitischer, wettbewerbsstarker und wissensbasierter Akteur.

Wirtschaft

Grundlage für den Wirtschaftsstandort Österreich ist die eigenverantwortliche, wettbewerbsfähige und auf Privateigentum beruhende soziale Marktwirtschaft. Träger dieses Wirtschaftsmodells sind die Klein- und Mittelbetriebe und die großen Leitbetriebe der Industrie. Sie alle sind die Grundlage und der Garant für Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Chancengleichheit für Klein- und Mittelbetriebe im Wettbewerb setzt voraus, daß monopolistische oder oligopolartige Strukturen unterbunden werden. Dabei war die Entscheidung zum weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft ein wichtiger Schritt, der mit allem notwendigen Augenmaß fortgesetzt werden muß. Die Bildung von Kartellen hingegen ist durch staatliche Intervention zu verhindern. Die Stärkung von Mittelstand und freien Berufen ist anzustreben.

Der Arbeitsmarkt unterliegt einer dramatischen Veränderung. Klassische Berufsbilder existieren immer weniger. Flexibilität und die Bereitschaft sich diesen Herausforderungen zu stellen sind gefragt. Das Bildungssystem ist gefordert, der Jugend frühzeitig eine auf die Gegebenheiten des Arbeitsmarkts abgestimmte berufsspezifische Orientierung zu geben. Zukunftsträchtige und sichere Arbeitsplätze im Bereich der Facharbeit werden bereits heute vermehrt nachgefragt, es fehlen allerdings die geeigneten Arbeitskräfte im Inland. Mittelfristige Programme zur Schließung dieser Lücke sind daher rasch voranzutreiben und die Arbeitnehmer sollen verstärkt am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Betriebe partizipieren.

Dem Bürger muß wieder bewußt sein, wofür er seine Steuern bezahlt. Die Struktur der Steuern und Abgaben ist derzeit nicht nachvollziehbar. Das Modell der fairen Steuern (differenzierte Flat Tax) schafft ein wirksames Anreizsystem für den Mittelstand. Es ist transparent, einfach handhabbar, gerecht und unbürokratisch. Neben einem großzügigen allgemeinen Absetzbetrag soll es auch eine starke familienpolitische Komponente geben, die nach der Kinderzahl progressiv gestaffelt ist. Kaufkraftstärkung durch Reduktion indirekter Steuern und Abgaben fördert das Wirtschaftswachstum und schafft somit Arbeitsplätze. Eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenquote ist ein wichtiger Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Kernaussagen zur Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 – das BZÖ

Leistungsbereitschaft und Arbeitseinsatz dürfen nicht durch starr regulierte Einkommensgrenzen des Steuerrechts bestraft werden. Gerade der Mittelstand leistet den größten Beitrag zum Erhalt der sozialen Sicherheit und zum Wohlstand unserer Gesellschaft. Er darf nicht zum Umverteilungsverlierer werden. Einsatzbereitschaft und Fleiß – etwa durch Bereitschaft zur Leistung von Überstunden oder freiwilligen Fortbildungsmaßnahmen – dürfen sich nicht negativ auswirken. Der Wille zur Leistung muß anerkannt und gefördert werden. Neben der Zurückdrängung der Überregulierung gilt es, Verantwortung für die eigene Berufstätigkeit, Wettbewerb und Eigeninitiative zu fördern. Staatliche Eingriffe sind nur zur Sicherung der Rahmenbedingungen (gegen ruinösen Wettbewerb, etc.) vorzunehmen.

Zukunft Jugend

Es ist nicht Aufgabe des Staates, auf die Form des Zusammenlebens von selbstbestimmten Menschen Einfluß zu nehmen. Aber der Familie als Ort der Geborgenheit und des geistig seelischen Ankerplatzes für Kinder muß jede Unterstützung und Wertschätzung durch den Staat zukommen. Neben der sozialrechtlichen Anerkennung der Familienleistungen und Transferzahlungen muß es auch einen weiteren finanziellen Ausgleich durch steuerliche Absetzbarkeit geben.

Das Miteinander der Generationen muß gewahrt bleiben. Nicht die Isolation, sondern das Zusammenleben muß in allen Bereichen auf allen Ebenen ermöglicht werden: im generationengerechten Wohnungsbau, in der Gemeinde, im lebenslangen Lernen. Davon profitieren alle: die Kinder, die berufstätigen Eltern und die älteren Menschen selbst. In generationsübergreifenden Einrichtungen der Kommunen, in denen gleichartige Bedürfnisse befriedigt und unterschiedliche Interessen gelebt werden können, ist der Zusammenhalt am besten gewährleistet. Damit sich die Menschen selbst aussuchen können, wie sie ihr Zusammenleben am besten gestalten, sollen alle privaten und öffentlichen Einrichtungen auf qualitativ hohem Niveau die gleichen Bedingungen erhalten: Kinderbetreuungsangebote, Alten- und Pflegeheime sowie Bildungseinrichtungen.

Soziales Netz

Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen. Für seine Identität braucht er Zusammenhalt: von der Familie über Vereine und Institutionen bis hin zum Staat. Der mißbrauchsanfällige Sozialstaat soll zu einem sozialen Netz nach dem Vorbild der Familie umgestaltet werden: Jeder muß nach seinen Fähigkeiten einen Beitrag erbringen und hat nur soweit Anspruch auf Unterstützung, als ihm eigene Leistungen nicht zumutbar oder möglich sind. Risiken, denen alle ausgesetzt sind, werden zu fairen Bedingungen geteilt. Dies darf nicht dazu führen, Leistungswillige auszunützen, sondern muß einen gerechten Ausgleich zwischen Einzelpersonen, aber auch Gruppen bedeuten.

Lebensqualität

Ziel muß die Steigerung der Lebensqualität durch Sicherung der flächendeckenden Infrastruktur- Grundversorgung sein. Ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz mit Anbindung an die EU-Nachbarstaaten bietet die Grundlage für Mobilität in allen Regionen Österreichs. Dabei gilt dem ländlichen Raum unser besonderes Augenmerk.

Forschung

Eine leistungsfähige und nach wirtschaftlichen Kriterien orientierte Forschung steigert die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit des Standortes Österreich. Aufbauend auf einer universitären Grundlagenforschung, die sich am internationalen Spitzenfeld zu orientieren hat, muß die anwendungsorientierte, privatwirtschaftliche Forschung gefördert werden. Strukturreformen im Forschungsbereich tragen spürbar und nachhaltig zur Standortsicherung, zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Stärkung der Wirtschaft bei. Dies erfordert zentrale Bedarfserhebung und Koordination.

Intakte Lebensräume

Österreich ist schön und vielfältig. Alpine Ketten und flaches Land kennzeichnen seine Lebensräume. Dörfer mit modernen und trotzdem traditionell-bäuerlich kleinräumigen Kulturen aber auch pulsierende Städte mit Weltruf prägen den Charakter der darin lebenden Menschen. Die Suche nach Lebensqualität ist beiden gleich: Stadt- wie Landbevölkerung. Dies bedeutet die Anbindung an die Herausforderungen der Arbeitswelt für beide gleich sicherzustellen, wie die Notwendigkeit zur Schaffung von Ruhe- und Grünräumen für Mensch und Tier. Eine intakte Umwelt ist Grundbedingung für diese Lebensqualität.

Gesundheit

Ziel der Gesundheitspolitik muß sein, die Gesundheit zu erhalten und damit Lebensqualität, Mobilität und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Deshalb treten wir für eine gleichwertige Einstufung von Prävention und Behandlung ein. Eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge soll mit finanziellen Anreizen belohnt werden. Für gleiche Beiträge muß es gleiche Leistungen geben, wie auch die freie Wahl des Arztes und der Behandlungsmethoden.

Bildung

Schulbildung muß gute Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt bieten. Voraussetzung dafür ist das Beherrschen der deutschen Sprache sowie der elementaren Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Kenntnis von mindestens einer Fremdsprache und ein Mindestmaß an Allgemeinbildung sind ebenso erforderlich wie Grundkenntnisse moderner Kulturtechniken. Eine gemeinsame Schule bis zum Ende der Pflichtschulzeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn durch eine innere Differenzierung in Gruppen eine spezifische Förderung und Entfaltung der Schüler je nach Begabung gewährleistet wird. Dies fördert eine begabungsorientierte Ausbildungswahl und wertet die Lehre sowie das Handwerk auf.

Kunst für alle

Kunst ermöglicht dem Bürger, an den kulturellen Leistungen teilzunehmen. Wir bejahen den ständigen kritischen Dialog zwischen Politik und Kunst, zwischen Publikum und Künstlern. Der verfassungsrechtlich gesicherte Freiraum künstlerischer Betätigung ist zu schützen. Kunst muß dort gefördert werden, wo Bedarf besteht. Die Aufgabe des Staates ist, für die Erhaltung und die Sammlung des kulturellen Erbes zu sorgen. Der Bewahrung und Pflege der deutschen Sprache sowie der autochthonen Volksgruppensprachen messen wir besondere Bedeutung bei. Österreichische Kunst und Kultur haben ihre Größe und Schönheit aus der Freiheit als Folge der regionalen Vielfalt gewonnen.Darum halten wir an den Grundsätzen der Regionalisierung und Dezentralisierung in der Kulturpolitik fest. Dazu gehört auch das Brauchtum sowie das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und Volksgruppen. ■

http://www.bzoe.at

Kernaussagen zur Nationalratswahl im Herbst – die FPÖ

Mit dieser Darstellung der Politik der »Freiheitlichen Partei Österreichs« setzen wir unsere Serie fort, die Ihnen – vor der Nationalratswahl im Herbst – die der Kernaussagen der im Parlament vertretenen Parteien präsentiert.

»Wir sind heute wieder echte unverwechselbare Freiheitliche«

Es ist schade, daß ORF-Generaldirektorin Lindner heute nicht da ist", meinte FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache am 24. Juni 2006 zu Beginn seiner Rede am außerordentlichen Bundesparteitag der FPÖ in Linz. „Aber wahrscheinlich ist sie damit beschäftigt, Redakteure zu zensurieren und unter Druck zu setzen." Strache sprach von einem ÖVP-Parteisekretariat an der Spitze des ORF mit den „ÖVP-Generalsekretären" Lindner und Mück. Unser Land brauche aber einen objektiven und unabhängigen ORF.

„Wir sind heute wieder echte unverwechselbare Freiheitliche und stellen heute die Weichen für die nächsten Wochen und Monate", betonte Strache. „Wir sind heute wieder eine Gemeinschaft. Das künstliche Duell mit einer demokratisch nicht legitimierten Partei beschäftigt uns nicht." *(Gemeint ist das BZÖ, Bündnis Zukunft Österreich, das aus der Spaltung der damaligen FPÖ hervorgegangen und Koalitionspartner der ÖVP ist, Anm. d. Red.)* Nur die FPÖ habe den Mut, der ÖVP-Allmacht und Machtbesessenheit entschieden entgegenzutreten. Gerade die Interessen der Arbeitnehmer bräuchten eine Vertretung, denn es gebe keine mehr. Die Sozialdemokratie habe die Arbeitnehmer längst verraten und verkauft. Der Sozialstaat sei gefährdet, man müsse jetzt die richtigen Weichen stellen. „Als soziale Heimatpartei stellen wir die Rechte der Österreicher wieder in den Mittelpunkt. Die fleißigen Menschen und Leistungsträger verdienen eine politische Vertretung." Die Bundesregierung habe nur mehr die Großkonzerne im Auge. „Wir müssen uns um diese Menschen kümmern. Ohne sie können wir auch keine Zukunft sicherstellen, wenn der Mittelstand zerbröselt."

Im Parlament herrsche eine Mischung aus Verantwortungslosigkeit, Egozentrik und Lobbyismus für die EU. Die Viererbande im Hohen Haus *(gemeint sind ÖVP, SPÖ, BZÖ und Grüne, Anm. d. Red.)* mache eine reine „Brüssel zuerst"-Politik und biete ein schäbiges Schauspiel. „Diese Parteien vernichten die Hoffnung der Menschen", kritisierte Strache. „Für uns ist das Wollen der Menschen wichtig, das haben wir umzusetzen und nicht umgekehrt." Die FPÖ habe Selbstreinigungskraft. „Wir haben entschlossen und sofort gehandelt und nicht zugedeckt. Wir lassen uns nicht kaufen, wir sind unbestechlich. Wir stehen zur Heimat."

Foto: FPÖ

Österreich-weit affichiertes Plakat der FPÖ im Frühjahr/ Sommer 2006

Scharfe Kritik übte Strache an der Behandlung des Volksbegehrens „Österreich bleib frei" im Parlament. Dieses sei mit 260.000 Unterschriften ein toller Erfolg gewesen, die Österreicher hätten sich als mutig erwiesen, im Geiste hätten eine Million Menschen mitunterschrieben. Die „Viererbande" hingegen wolle Österreich mit der EU-Verfassung Brüssel ausliefern. Der FPÖ-Obmann sprach sich deutlich gegen eine EU-weite Volksabstimmung über die EU-Verfassung aus.

Heute herrsche ein System der Vertuschung, der Packelei und des Bankrotts. „Die Bürger benötigen einen Anwalt", betonte Strache. „Wir sind heute wieder ein Team und lassen uns nicht auseinanderdividieren. Wir haben die Gemeinschaft im Auge. Wir reden nicht um den heißen Brei herum. Man muß die Dinge auf den Kern zurückführen. Es braucht Klartext. Wenn wir als Populisten beschimpft werden, ist das für uns ein Adelsprädikat, denn wir machen Politik für die österreichische Bevölkerung. Wir werden alles daran setzen, damit im Herbst weniger Brüsseler Lobbyisten im Nationalrat sitzen, sondern mehr österreichische Patrioten." Die Regierung mache lieber vor Bush einen krummen Buckel als sich mit Respekt vor der eigenen Bevölkerung zu verbeugen. Strache thematisierte auch die Menschenrechtsverletzungen der USA.

„Wir wollen Herr im eigenen Haus bleiben", stellte Strache klar. Es brauche Selbstverteidigung. „Wir sind wieder die FPÖ, die österreichische Interessen zuerst vertritt." Strache bezog nachdrücklich Stellung gegen

Kernaussagen zur Nationalratswahl im Herbst – die FPÖ

die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und trat für ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und im öffentlichen Dienst ein. Die Österreicher würden zur Minderheit in der eigenen Heimat. Es müsse daher eine starke FPÖ bei der nächsten Wahl geben. Das Ergebnis in Wien habe gezeigt: „Rache mit Strache ist möglich in diesem Land."

Eine deutsche Studie habe ergeben, daß jeder Einwanderer über 2300 Euro mehr koste als er bringe. Diese Gelder müßten umgeschichtet werden für die Sicherung unserer Kinder und unserer Zukunft. Niemand habe etwas gegen anständige Menschen. Aber Gastarbeitslose würden dem Sozialsystem auf der Tasche liegen. Das Sozialsystem und das Gesundheitssystem würden zusammenbrechen. Die ältere Generation werde abgespeist. Strache forderte: „Geld zuerst für Österreicher." Auch den Asylmißbrauch thematisierte der FPÖ-Obmann. Wirklich Verfolgte seien nicht das Problem. Aber Österreich sei ein Magnet für Mißbrauch und organisierte Kriminalität geworden. Kritik übte Strache auch an den EU-Beitragszahlungen, die Schüssel auf 860 Millionen Euro verdoppelt habe. 800 Millionen würden in die Türkei fließen, um sie europafit zu machen. „Wir brauchen aber jeden Cent bei uns." Schüssel wolle offenbar eine Eurasischafrikanische Union. Die Nationalratswahl sei „eine Entscheidungswahl, ob wir unsere Tradition, Geschichte und Kultur verschenken wollen oder Mut haben zum Widerstand."

Die ÖVP sei die dunkle Seite der Macht. „Wir fürchten uns als einzige nicht vor dem Schwarzen Mann in Österreich", erklärte Strache, der Gusenbauer mit der Pechmarie verglich. Gerechtigkeit und Solidarität seien völlig aus der Gesellschaft verschwunden. Strache zeigte sich schockiert, wie die SPÖ die Arbeitnehmer verraten habe mit ihrem Sumpf aus Penthouse, Luxuslinken und Spekulantentum. Dies habe Methode gehabt. Gusenbauer, Verzetnitsch, Hundstorfer und Elsner seien ja die besten Freunde gewesen. „Mir tut jedes Gewerkschaftsmitglied leid, mit dessen Mitgliedsbeiträgen die Gauner an der Spitze ihr Schauspiel vollzogen und den Raubtierkapitalismus unterstützt haben." Die Ideale der Mitglieder seien verkauft worden. An ÖGB-Chef Hundstorfer richtete Strache die Aufforderung: „Treten Sie zurück."

„Wir brauchen eine starke Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung", erklärte Strache, der die Vertuschungspartie von Gusenbauer, Häupl und Co. mit scharfen Worten geißelte. „Sie stecken drin im Sumpf und hätten weitergemacht und weiter zugedeckt." Die SPÖ sei keine Vertretung für die Arbeitnehmer. „Wir treten an, die Arbeitnehmerinteressen glaubwürdig zu vertreten als soziale Heimatpartei."

Auch die ÖVP stecke mitten drinnen im Sumpf. Es gebe drei schwarze Aufsichtsräte in der BAWAG. Der schwarze Gewerkschafter Neugebauer sitze im ÖGB-Präsidium. Finanzminister Grasser habe seit 2000 Bescheid gewußt. Auch an die Eurofighter-Vorfinanzierung erinnerte Strache. Höchste Vertreter der Republik würden drinnen stecken. „Ich habe Angst, daß die Staatshaftung schlagend wird."

Den Bonzen müßte es eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben, wie sie die Arbeiterinteressen mit Füßen träten. Auf der anderen Seite gebe es eine machtbesessene ÖVP in Dollfußmanier, die alles zerschlage und unter ihren Machteinfluß bringen wolle. Stück für Stück werde unsere Demokratie zu einer schwarzen Demokratur. „Wir dürfen unser Land nicht den Schwarzen überlassen, betonte Strache. „Wir treten an gegen die schwarze Allmacht für die Interessen der Arbeitnehmer."

Strache stellte auch die Frage, warum es in der BAWAG-Affäre bis heute keine Haftbefehle gebe. „Hier laufen Gauner herum, die Milliarden einfach verludert haben. Wo bleibt die unabhängige Gerichtsbarkeit? Steckt da auch Schüssel dahinter?" Schüssel habe Bescheid gewußt, denn der Skandal habe begonnen, als dieser noch Vizekanzler gewesen sei. Hier gebe es eine Schutzallianz, die einiges zu verbergen habe.

„Wir haben den Mut, diese Dinge an- und auszusprechen und die Interessen der Österreicher zu vertreten", betonte Strache. „Unsere Priorität gilt den Österreichern, wir wollen soziale Leistungen in erster Linie für Österreicher." Der Massenzuwanderung erteilte Strache eine klare Absage. Bald würden sich nämlich die Österreicher anpassen müssen. Der FPÖ-Obmann forderte die Rückführung von nicht integrationswilligen und kriminellen Ausländern. Der Familiennachzug sei zu stoppen. Der Sozialstaat sei nur aufrecht zu erhalten, wenn es keine weitere Einwanderung gebe. Die Familien seien zu fördern. Ein Kind dürfe nicht Luxus sein. Der Sozialmißbrauch müsse bekämpft werden.

„Unsere Politik sollte für jeden österreichischen Politiker eine Selbstverständlichkeit sein. Wir sind bereit, für rotweißrot alles zu geben. Die Österreicher setzen ihre Hoffnung in uns und wir setzen unsere Hoffnung in die Österreicher", betonte Strache. Wir packeln nicht, wir leisten Widerstand. Es werden harte Monate. Aber wir können als starke Partei zurückkehren bei der Nationalratswahl. Wir sind den Bürgern im Wort und werden für Österreichs Interessen kämpfen, damit der echte Österreicher nicht untergeht. Wir für die Österreicher, die Österreicher für uns. Diese FPÖ hat wieder eine Kraft, vor der die politischen Mitbewerber Angst haben. Es gibt uns wieder."

http://www.fpoe.at

Erklärender Rückblick: Die FPÖ hat sich am 4. April 2005 in zwei Lager gespalten, wobei das eine um die zu diesem Zeitpunkt als Parteiobfrau fungierende Ursula Haubner (sie war damals und ist heute Sozialministerin) den Koalitions-Regierungskurs mit der ÖVP weiterfahren wollte, das andere um den damaligen Wiener FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, der sich mit der Vorgangsweise der „alten" FPÖ, vor allem was den damals kurz zuvor erfolgten Parteiausschluß des EU-Abgeordneten Andreas Mölzer und die Abwahl von Volksanwalt Ewald Stadler aus dem Parteipräsidium anbelangte, nicht abfinden wollte.

Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider hat damals auch eine Neugründung der FPÖ ins Spiel gebracht, kurz darauf gaben dann Haubner, Haider, Vizekanzler Hubert Gorbach, Klubobmann Herbert Scheibner und Generalsekretär Uwe Scheuch die Gründung des „Bündnis Zukunft Österreich, BZÖ" mit nunmehr orangem Logo und unter dem neuen Obmann, dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, bekannt. Bis auf Gorbach waren alle bereits aus der FPÖ (alt) ausgetreten.

Die BZÖ-Spitze hatte dann erklärt, dem Koalitionspakt mit der ÖVP treu zu bleiben, der nächste Wahltermin bleibe nach wie vor der Oktober 2006.

Vorbei sind die Zeiten, als man, geeint, bei der Nationalratswahl 1999 mit 26,91 Prozent mit der ÖVP ex æquo auf Platz 2 landen konnte. Bei den bisher abgehaltenen Landtagswahlen war das BZÖ entweder nicht angetreten oder mußte schwere Verluste hinnehmen. Bei den Gemeinderatswahlen in Wien verlor die FPÖ 5,33 Prozent und erreichte 14,83 Prozent der Stimmen. Das BZÖ blieb mit 1,15 Prozenz Stimmenanteil weit unter der Grenze für den Einzug in den Wiener Landtag.

Die Nationalratswahl im Herbst wird entscheiden, ob FPÖ und/oder BZÖ, werden ins Hohe Haus einziehen können. ■

Kernaussagen zur Nationalratswahl im Herbst – Die Grünen

Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheit

Die acht Zukunftsprojekte der Grünen sollen zeigen, was Grüne Politik nicht nur bis zur Wahl, sondern auch ab dem Montag nach der Wahl sein soll", sagte Bundessprecher Alexander Van der Bellen bei der Bundestagung im Europahaus in Wien. Er lud die anderen Parteien ein, das ebenso zu tun – „und sich nicht darauf zu beschränken, wer der striktere Ausländerhasser ist".

Die Zukunftsprojekte wurden in „monatelanger Arbeit" im Klub und in den Ländern geschnürt. Vier wurden schon bei Bundeskongressen präsentiert:

Bundessprecher Prof. Alexander Van der Bellen präsentiert das Programm

Energiewende

Die Energiepolitik steht an einer Weichenstellung. Öl und Gas werden immer teurer und in den nächsten 20 Jahren knapp. Der Energieverbrauch steigt dramatisch. Es gibt zwei Optionen: Atomkraft und Kohle oder Erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Atomkraft ist teuer, riskant, die Atommüllfrage ungelöst. Ein Umstieg auf Kohle führt in den Klimakollaps.

Eine umweltverträgliche, sichere und auf Dauer leistbare Energieversorgung muss erneuerbar und effizient sein.

Studien belegen, daß die EU – bei Nutzung der Effizienzpotentiale – bis 2050 komplett auf Energie aus Sonne, Wind, Biomasse (Holz, Hackschnitzel, Pellets etc.) umsteigen kann. Österreich hat gute Vorraussetzungen hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und auch wirtschaftlich zu profitieren. Leider ignoriert die Bundesregierung diese Chancen.

Raus aus der Armut

Die Grünen fordern die Sockelung des Arbeitslosengeldes, der Notstandshilfe und der Sozialhilfe auf 800 Euro, was die Existenz und auch die soziale Anbindung von mehr als 200.000 Betroffenen sichert und in Verbindung mit einem Rahmenprogramm zur Aus- und Weiterbildung Anreize zum beruflichen Wiedereinstieg schafft.

Die Grundsicherung im Alter soll nach dem Grünen Pensionsmodell – aufkommensneutral – aus Mitteln des Bundeszuschusses und Sozialversicherungsbeiträgen bei Erwerbsarbeit finanziert werden. Damit kann für mehr als 400.000 Frauen ein eigenständiger Pensionsanspruch ge schaffen bzw. eine Mindestpensionsleistung von 800 Euro garantiert werden.

Das Mindestlohngesetz legt die jährlich valorisierte Untergrenze für ein gerechtes und existenzsicherndes Arbeitseinkommen fest. Ein Mindeststundensatz von 7 Euro brutto in der Stunde ermöglicht die Festschreibung einer Einkommensgrenze, die nicht unterschritten werden darf.

Vorrang für Frauen

Ziel der Grünen ist die Existenzsicherung der Frau durch ein ausreichendes Einkommen aus Erwerbsarbeit. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muß erleichtert werden, die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind auszugleichen. Deshalb fordern die Grünen:

- Eine klare Zielsetzung zur Steigerung der Frauenbeschäftigung
- Gezielte Qualifikation statt Alibi-Schulungen
- Die Verknüpfung der Wirtschaftsförderung mit der Frauenförderung

Im herrschenden Sozialsystem sind Frauen durch zahlreiche berufliche „Auszeiten" – bedingt durch Kinder und Familienbetreuung – viel stärker von Armut bedroht als Männer. Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld als auch die durchschnittliche Pension von Frauen liegen unter der Armutsgrenze. Um das auszugleichen, bedard es eines Mindestlohngesetzes, einer besseren sozialen Absicherung und einer Frauenpension – nach dem Grünen Pensionsmodell mindestens 800 Euro monatlich.

Frauen sind vor allem in großen Unternehmen in den Führungsetagen und Aufsichtsräten krass unterrepräsentiert. Auch im öffentlichen Dienst ist die Lage nicht besser: in den Aufsichtsräten der landeseigenen Gesellschaften (bzw. bei Gesellschaften, an denen das Land zu mehr als 50 % beteiligt ist) sind von 54 AufsichtsrätInnen 52 Männer und 2 Frauen.

Bildungsland Österreich

Das Programm der Grünen beginnt mit der Frühförderung im Kindergarten mit der Verkleinerung der Gruppen, dem Einsatz einer zweiten Fachkraft und ein Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kindergartenplatz. Eine universitäre Ausbildung der KindergartenpädagogInnen wird den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht. Die Frühförderung aller Kinder und die sprachliche Förderung von Kindern in deren Muttersprache sind wesentliche Teile der Ausbildung.

Die Zahl der PflichtschullehrerInnen wird trotz rückgehender SchülerInnenzahlen

Kernaussagen zur Nationalratswahl im Herbst – Die Grünen

nicht gekürzt, bis ein Kontingent von 10% an FörderlehrerInnen erreicht ist. Durch die massive Aufstockung der Anzahl an FörderlehrerInnen erhalten alle Kinder und Jugendliche ausreichende Unterstützung an den Schulen. Damit wird private Nachhilfe überflüssig, für die zur Zeit mehr als 150 Mio. Euro jährlich ausgegeben werden.

Individuelle Fördermaßnahmen lösen Klassenwiederholungen, die erfahrungsgemäß nicht zu einer geringeren Zahl an SchülerInnen mit Leistungsschwächen führen, so weit wie möglich ab.

Durch eine Individualisierung des Unterrichts werden spezielle Begabungen aller SchülerInnen gefördert. Durch den Ausbau der Wahlmöglichkeiten im gesamten Schulsystem werden die individuellen Interessen der SchülerInnen wesentlich stärker berücksichtigt.

Überfüllte Klassen ermöglichen kein Eingehen auf die einzelnen SchülerInnen und sind für die LehrerInnen unzumutbar. Das Schulorganisationsgesetz legt daher eine maximale KlassenschülerInnenzahl von 25 in den Pflichtschulen fest. In kleinen Gruppen wird auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der SchülerInnen eingegangen. Frontalunterricht wird reduziert, es wird mehr im Rahmen von Projekten und in Kleingruppen gearbeitet. Das macht den Unterricht für Alle interessanter, der Unterricht gewinnt zudem an Qualität, Motivation und Lernlust nehmen zu.

Eine gemeinsame Schule der 6 bis 15-jährigen schafft sozialen Ausgleich. Individuelle Interessen und Fähigkeiten werden durch umfangreiche Förder- und Schwerpunktangebote berücksichtigt.

Für alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen bis 15 besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuung auch über die Unterrichtszeit hinaus. Zwischen Ganztagsschulen und Nachmittagsbetreuung kann gewählt werden. Die Betreuung schließt ein gesundes Mittagessen ein.

Das Recht auf Integration vom Kindergarten bis zur Universität und der Erwachsenenbildung wird durch die zur Verfügung Stellung bedürfnisgerechter Rahmenbedingungen (barrierefreier Zugang und barrierefreie Ausstattung, persönliche Assistenzleistungen, Hilfsmittel, Lehrbehelfe) gewährleistet.

Die möglichst frühe Integration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in die Kindergärten ermöglicht ihnen, die Unterrichtssprache Deutsch bereits vor Schuleintritt zu erlernen.

Geschlechtssensibler Unterricht ist eine Selbstverständlichkeit. Lehrbücher werden von überkommenen Rollenklischees entstaubt. So können SchülerInnen lernen, in Bezug auf Frau und Mann vorurteilsfrei zu denken und zu handeln.

Das Geschlechterverhältnis der PädagogInnen und LeiterInnen gleicht sich vom Kindergarten bis zur Universität an. Während in Kindergärten und Pflichtschulen verstärkt Männer eingesetzt werden, steigt der Frauenanteil an höheren Schulen, den Universitäten und vor allem in Leitungsfunktionen.

Zum Abschluß der Bundestagung wurden vier weitere – „Alles Bio“, „Grünes Wachstum“, „Niemanden ausgrenzen“ und „Freiheit statt Bevormundung“ – präsentiert.

Die Zukunftsprojekte sollen „klar machen, wofür die Grünen stehen“, erklärte Van der Bellen. Sie bauen auf drei Grundsätzen auf: Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheit.

Im Sinn der Lebensqualität plädierte Van der Bellen z. B. für die Energiewende. Die Verknüpfung von Wirtschaftspolitik und Umweltschutz sehen die Grünen „den Jobmotor für die Zukunft“. Unter dem Motto „Gerechtigkeit“ forderte Van der Bellen gleiche Bildungschancen für alle, eine Grundsicherung oder den „Vorrang für Frauen“ vor allem am Arbeitsmarkt.

Daß die Wörter „Arbeitsmarkt“ oder „Wirtschaftswachstum“ in den Zukunftsprojekten kaum vorkommen, liegt an einer „anderen Ordnung“: So sei z.B. Bildungspolitik „Arbeitsmarktpolitik schlechthin und damit Wachstumspolitik“, ähnlich auch die Umweltpolitik oder der „Vorrang für die Frauen“ am Arbeitsmarkt. „Das alles ist moderne Wirtschaftspolitik“, so Van der Bellen.

„Freiheit“ bedeute mehr Demokratie – was in der konkreten Forderung nach Abschaffung der Amtsverschwiegenheit mündet, nach dem Motto „gläserner Staat statt gläserner Mensch“. Außerdem plädierte Van der Bellen für „Freiheit in Vielfalt“ – also „daß man ein Kopftuch tragen darf oder nicht, Religion ausüben darf oder nicht“.

Bei der Präsentation der vier neuen Zukunftsprojekte formulierten Abg. UIrike Lunacek, Landwirtschaftssprecher Wolfgang Pirklhuber, Wirtschaftssprecherin Michaela Sburny und Kultursprecher Wolfgang Zinggl konkrete Forderungen.

So bekräftigte Lunacek die Forderung nach Öffnung der Ehe für Homosexuelle und nach Einführung eines Zivilpaketes für hetero- und homosexuelle Paare. Weiters wollen die Grünen ein „barrierefreies Leben“ für mobilitätsbeeinträchtigte und sinnesbehinderte Menschen z. B. in den öffentlichen Verkehrsmitteln und Arztpraxen in fünf – und nicht erst wie im Gesetz vorgesehen – in zehn Jahren.

Einwanderung

Das Grüne Einwanderungsmodells sieht – in Anlehnung an Kanada, Australien, Großbritannien oder Tschechien – die Bewertung gewisser Faktoren und Fähigkeiten eines Einwanderungswilligen (Ausbildung generell bzw. in Mangelberufen, Sprachkenntnisse, Vorliegen eines Arbeitsvertrages, Arbeitserfahrung, Verwandte in Österreich etc.) mit einem Punktesystem vor. Danach zugelassene ZuwanderInnen sollten mit der Familie das Recht auf unbefristete Niederlassung erhalten - und arbeits-, aufenthalts- und sozialrechtlich weitgehend den EU-Bürgern gleichgestellt werden, beschrieb Migrationssprecherin Terezija Stoisits die Eckpfeiler.

Alles bio

umfaßt den Bio-Landbau als „Leitbild“, „lückenlos ohne Gentechnik“, einen Anteil von mindestens 30 Prozent Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen, die Reduzierung der Tiertransporte und die Ablehnung der Massentierhaltung, erläuterte Pirklhuber – unter einiger Kritik an der ÖVP: Deren Bekenntnis zum Bio-Landbau sei nur ein „Lippenbekenntnis“, sie sehe ihn nur als „Nische“.

Grünes Wachstum

soll mit dem Umweltschutz als Wachstumsmotor erreicht werden. 50.000 Arbeitsplätze könnten damit geschaffen werden, betonte Sburny. Außerdem wollen die Grünen „skandinavisch forschen“ – mit einer Forschungsquote von sechs Prozent des BIP (statt dem Lissabon-Ziel drei Prozent) sowie Schwerpunktsetzungen z. B. in der Umwelttechnik oder der Gesundheitsvorsorge. Außerdem widmen sie sich den „neuen Arbeitswelten“, mit der Forderung nach sozialer Sicherheit bei „größtmöglicher Freiheit“ für die neuen Selbständigen. ■

Quelle: http://www.gruene.at

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer